Rundschreiben des KB Wien, Nr.: 64

3.6.76

1. Die Demonstration am 31.Mai ist als ausgesprochener Erfolg zu werten. Über 1.600 Menschen demonstrierten, davon 520 in unserem Block, 130 im Block von GRM, FÖJ und VSM und etwa 1.000 im ersten Block,in dem die Revisionisten nach Schätzungen von Genossen etwa 600 gewesen sein dürften. Es wurde ein doch recht stakre Beteiligung von Sozialdemokraten festgestellt, die sich in den vordersten Block gemischt haben. Bei der Zahl von 1.600 ist in Rechnung zustellen, daß die Demonstration nur von uns, durch Ankündigung in der'Volksstimme' und unter den Studenten vorbereitet worden war. Außerdem war die Art der Vorbereitung - faktisch keine Aktionseinheit, Aufruf durch politisch möglichst unprofilierte Organisationen, besonders Studentenorganisationen, usw. - sehr schlecht. Die Demonstration selbst zerfiel deutlich in zwei Hälften, von denen leider nur die erste Hälfte im ORF usw. in Erscheinung trat. Dort wurden vor allem Artikel 7 - Transparente getragen und - was schlimmer ist - dominierten Sprechchöre wie "Tod dem Faschismus!" und "Hoch die Internationale Solidarität!", womit die "Solidarität" zwischen Slowenen usw. und Demtschsprachigen gemeint ist (!). Diese üble und spalterische Absurdität ist bereits bei den Aktionseinheitsverhandlungen aufgetaucht, wurde dort von uns zurückgewiesen, von den Revisionisten daraufhin als "Mißverständnis" erklärt, bei der Demonstration aber zu einer beherrschenden Losung gemacht. Anscheinend gibt es wirklich keinene Blödsinn, keine Irreführung und Verschleierung in der Minderheitenfrage, den/die die Revisionisten nicht auf ihre Fahnen geschrieben hätten. Durch unsere 2.000 Flugblätter haben wir das Gesamtbild der Demonstration aber sicherlich in positiver Weise beeinflußt. Der Broschürenverkauf hat allerdings - als Folge der fehlenden rechtzeitigen Organisation - praktisch nicht stattgefunden.

Weiterhin muß jetzt die Minderheitenfrage eine große Rolle in unserer Politik spielen. Die Sache ist mit dem 31.Mai in ein entscheidendes Stadium getreten. Die Verhandlungen mit den Slowenenvertretern im Bundeskanzleramt haben nichts ergeben. Diese wollen neuerlich eine schriftliche Stellungnahme zum VGG abgeben, in der sie es hoffentlich ablehnen, obwohl die Aufweichungsmanöver zweifellos einen gewissen Erfolg gehabt haben. Wir werden ihnen vorschlagen, den Gesetzesentwurf vollständig abzulehnen, weniger von "pragmatischer Lösung" zu reden [illegible], und dem VGG-Entwurf einen eigenen Gesetzesentwurf entgegenzustellen, in dem die von uns geforderten Sprachenrechte und das Diskriminierungsverbot gefordert werden. Es finden jetzt keine Verhandlungen mehr statt. Die "Experten" werden noch eine Sitzung mit dem Bundeskanzler haben und dann einen Bericht für das Parlament verfassen. Es kann sein, daß das VGG noch im Juhi beschlossen wird bzw. werden soll. Das gilt es zu verhindern, indem die Bewegung weiter aufgebaut. Neben unserer eigenen Massenarbeit werden wir uns jetzt auf den Aufbau eines Komitees in Wien auf richtiger Grundlage bemühen sowie unsere Arbeit unter den Slowenen in Südkärnten und damit unter den einfachen Mitgliedern der Slowenenorganisationen verstärken. Ob es gelingt, die Beschlußfassung des Parlaments zu verhindern, oder nicht - unsere Arbeit ist auf jeden Fall eine langfristige Arbeit. Aber es bestehen durchaus Chancen, die Beschlußfassung zu verhindern, zumindest einmal die Beschlußfassung im Juni.

Was die politische Linie betrifft, muß die Propagierung der von uns geforderten Rechte mehr in den Vordergrund gestellt werden, als es gegenwärtig noch der Fall ist (siehe R 63). Weiters muß die ideologische Offensive gegen die Revisionisten in der Bewegung eröffnet w rden. Dazu werden wir nächste Woche ein Flugblatt machen, das wir auch für die Arbeit in die verschiedensten Organisationen und Institutionen hinein verwenden können.

2. Eine zweite wichtige Frage unserer Politik ist der Iberia-Prozeß. Hier ist die Lage so, daß der Prozeß im letzten Juli-Drittel neu aufgerollt wird. Das ist naturlich eine ungunstige Zeit. Umso wichtiger ist es, daß jetzt eine ordentliche Arbeit gemacht wird, auf die man sich stutzen kann. Die Organisation kommt ihren Aufgaben bisher nicht nach. Die Massenarbeit von uns selbst ist aber die entscheidende Grundlage, ohne die alles andere - wie das herantreten an andere Organisationen usw. - sinnlos ist. Die Zellen müssen die neue Dokumentation - in der übrigens die Zahl der Demonstranten auf S.9 von "8 - 10.000" auf 4 - 5.000 ausgebessert werden muß, weil wir erstens keine übertreibungen brauchen und zweitens andernfalls die 1.500, die zur Iberia marschiert sind, in einem ganz anderen Licht erscheinen - einsetzen und die Sache wirklich zu einem Schwerpunkt der Arbeit machen. Zentral werden wir ebenfalls mittels der Dokumentation nochmals an die verschiedensten Organisationen herantreten. Weiterhin geht es darum, in Organisationen und überhaupt in allen Menschenzusammenfassungen die Sache bekannt zu machen und - wo das schon möglich ist - Beschlüsse an den Justizminister herbeif hren. Wo das bere ts geschehen ist, kann die Neuaufrollung des Prozesses zum Anlaß genommen werden, um es nochmals zu tun. Dabei muß man sich im klaren sein, daß es gegenwärtig in der Hauptsache darum geht, die Tatsachen bekannt zu machen und eine entsprechende Öffentlichkeit zu schaffen. Das tun wir vor allem mit der Unterschriftensammlung, die auch bereits ein gewi ses organisierendes Element enthält. Resolutionen, Unterschriftenlisten und Informationen über Aktivitäten müssen bei der im R 61 angegebene Adresse zentralisiert werden.
Die Linie unseres Auftrtens ist im R 61 festgelegt. Die ellenleiter sollten es nochmals durchlesen und die Sache zu einem Tagesordnungspunkt bei einer Zellensitzungmachen. Im R 61 wird darauf hingewiesen, da daß der Prozeß ein Gegenschlag der Bourgeoisie gegen die anwachsende Spaniensolidaritätsbe egung ist. Der Kampf um die Einstellung der Prozesse muß daher mit Anstrengungen verbunden werden, die Spaniensolidarität zu starken, und muß seinerseits zu einem Hebel zu ihrer Verstärkung gemacht werden. Wir fassen trotz Schwierigkeiten immer noch für Ende Juni eine Solidaritätsveranstaltung mit einem Genossen der FRAP ins Auge. Gelingt das nicht, werden wir trotzdem - nur mit eigenen Kräften - eine solche Veranstaltung machen.
Daß wir gegenwärtig weder die Gründung eines Komitees, noch die Durchfurhung einer Verabstaltung oder Demonstration zu dem Prozeß selbst ins Auge fassen - wohl werden wir ihn aber bei der Spanienveranstaltung auf erfen -,ergibt sich aus der oben dargestellten Aufgabenbestimmung für die momentane Situation. Es hat selbstverständlich nichts damit zu tun, wie wichtig wir die Sache nehmen müssen.

3. Auf der Wehrgesetznovelle bzw. dem Auftreten gegen sie lassen wir weiterhin den Fingerdrauf. Erstens ist die politische Auseinandersetzung um diese Novelle selbst noch nicht abgeschlossen - glei h ob sie noch im Juni oder erst im Septe ber beschlossen wird - , zweitens ist das wichtig im Hinblick darauf, daß weitere Maßnahmen zum Ausbau des militaristischen Kasernenesystems und im Rahmen der Kriegsvorbereitungen d r österreichischen Bourgeoisie an der Seite der NATO nicht lange auf sich warten lassen werden. Einmal muß unsere Propagandatätigkeit verstärkt werden im Sinne der Kriegsgefahrresolution der 2.o.DK. Davon hängt sehr viel ab. Bereits die letzte Demonstration hat gezeigt, daß ungeachtet d s guten antimilitaristischens Bodens, den die Sache findet, sich sofort große Unsicherheit verbreitet hat, als die Sozialdemokraten die Frage der Wehrgesetznovelle als Grundsatzfrage stellten: Für oder gegen die Republik? Es war nicht nur Einschüchterung, es waren auch Unklarheiten und Unsicherheit, die die Verwandlung der Empörung in

Kampfbereitschaft verhindert haben. Daher ist es nicht verwunderlich, daß sich nicht mehr als 550 Menschen an unserer Demonstration beteiligt haben. Daß davon sicherlich 300 Unorganisierte waren, davon viele Arbeiterjugendliche, darunter auch eine ganze Reihe von Leuten aus SJ usw. - das macht die Demonstration zu einem Erfolg. Das besonders, wenn man noch die ausgezeichnete Stimmung unter den Demonstranten und die äußerst positive Reaktion der Passanten dazunimmt. Wir müssen - glaube ich - zwei Schlüsse ziehen: Erstens müssen wir unsere Propaganda verstärken in der Frage von Krieg und Frieden. Andrerseits müssen wir versuchen, die antimilitaristischen Resreven besser als bisher auszunutzen. Beides muß miteinander verbunden werden.
Spielt die Frage der Wehrgesetznovelle über die Propaganda hinaus noch eine Rolle? Erstens tut sie das in Organisationen usw., wo dazu aufgetreten worden ist. So nehmen wir z.B. in den Gruppen der Privatangestelltenjugend darauf Kurs, daß "Beharrungsbeschlüsse" an den Vorstand geschickt werden, der inzwischen stillschweigend vom Beschluß des Bundeskongresses abgerückt ist. Auch in Jugendvertrauensräten kann man es so machen. In anderen Organisationen wie der SJ, JG usw. soll man ebenfalls darauf Kurs nehmen, daß sie sich weiterhin klar gegen die Wehrgesetznovelle aussprechen. Dasselbe gilt auch für die ÖGJ im allgemeinen, deren Vorstand bekanntlich ursprünglich gegen die Wehrgesetznovelle Stellung genommen hat. Dabei muß auch stets die Kapitulationspolitik der Führer dieser Organisationen angeprangert werden.
Zweitens kann es durchaus sein, daß die Frage noch vor dem Sommer erneut zum Gegenstand einer Demonstration wird. Das wäre natürlich eine Demonstration anderen Charakters und mit anderer Zielsetzung wie die letzte. Sie würde noch einmal den Protest gegen die Wehrgestznovelle offen zum Ausdruck bringen. Sie könnte aber nicht mehr in der bisherigen Weise an den ursprünglichen Proteststurm anknüpfen. Sie würde in gewissem Sinn höhere Ansprüche an die Teilnehmer stellen. Den geänderten Verhältnissen entspricht es auch, daß wir die Losung "Weg mit Lütgendorf!", die ja gerade dazu dienen sollte - und das auch ausgezeichnet getan hat - , um an diesen Proteststurm anzuknüpfen, nicht mehr verwenden. Ein möglicher Ansatzpunkt für eine solche Demonstration könnte eine Initiative der ÖH werden. Am 1.6. war eine Besprechung zwischen der ÖH und verschiedenen Organisationen. Am 11.6. wird der ZA der ÖH über diese Frage entscheiden. Gegenstand der Demonstration wäre einerseits die Wehrgesetznovelle, andrerseits das Auftreten gegen die undemokratischen Verhältnisse im Bundesheer (siehe Maria Theresien-Kaserne). Das entspricht durchaus unseren Vorstellungen. Sollte die Initiative der ÖH nichts werden, müssen wir uns überlegen, ob wir von uns xxxxxxx aus eine Initiative für eine Demonstration setzen. Das haben wir bisher aber noch nicht getan. Sobald eine Demonstration ins Auge gefaßt wird, beeinflußt das natürlich ganz entscheidend alles das, was unter "Erstens" oben gesagt wurde. Es muß dann auf die Mobilisierung und Organisierung für die Demonstration ausgerichtet werden.

4. Eine weitere wichtige Frage ist das Auftreten gegen die staatliche Ausplünderung und insbesondere gegen die für 1. August geplante Straßenbahntariferhöhung. Der Bericht von K.F. azu ist schon fertig und wird in den nächsten Tagen verbreitet.

5. Schwerpunkte der internationalistischen Unterstützungsarbeit sind nach wie vor dieselben wie im R 59. Zu Spanien siehe oben unter Pkt.2. Was das Südliche Afrika betrifft versuchen wir, daß ein Genosse des ANC of South Africa (African Nationalists) vielleicht Mitte Juni hier sprechen kann. Den Tanzambahnfilm wollen wir Ende Juni zeigen.

6. Von 8.-12.6. veranstaltet die vor kurzem neugegründete GUPS (Generalunion palästinensischer Studenten) eine Palästinawoche. Es sind Stände

auf der Uni und in der Stadt geplant. Mi, Do und Fr sind Veranstaltungen geplant. Das genaue Programm werden wir in der Halbgasse aushängen. Wir unterstützen diese Aktivitäten und werden in einem Flugblatt darüber schreiben und dazu aufrufen. Außerdem haben wir vom Nahost-Komitee 300 Stück der neuen Nahostzeitung übernommen, die vertrieben werden sollen.

7. Zur Donnerstag-Demonstration ist folgendes zu sagen: Es ist dies eine Veranstaltung rein propagandistischen Charakters. Dazu braucht man keine breite Aktionseinheit und dementsprechend ist auch das gemeinsame Flugblatt weitergehend als eine AE-Grundlage es sein könnte. Wir hatten eigentlich vorgeschlagen, Tafelmärsche über drei Routen zu machen und diese bei der Oper zu einer Demonstration zum Schwarzenbergplatz zu vereinigen. Das hätte unserer Meinung nach dem propagandistischen Charakter besser entsprochen. Die ISO hielt aber an einer einheitlichen Demonstration fest. Daß es nur uz einer solchen Aktion, nicht aber zu einer breiteren Aktionseinheit gekommen ist, liegt an der beharrlichen Weigerung der "CISNU", irgendetwas mit der ISO zusammen zu machen, deren Existenz sie nicht einmal anerkennen. So sind sie auch nicht zu der von der ISO einberufenen AE-Sitzung gekommen. Anscheinend haben wir die Kräfte solcher Organisationen wie GRM, KSV, FÖJ usw. richtig eingeschätzt und uns von einer Aktionseinheit mit ihnen im konkreten Fall und zum gegebenen Zeitpunkt nicht viel erwartet: Die "CISNU" macht ihre Spalterkundgebung am Mittwoch allein.

8. Ein Erfolg ist aus Graz zu melden. Vergangenes Wochenende haben sich KB und KG auf der Grundlage richtiger Resolutionen zum vereinigten KB Graz zusammengeschlossen. Nach einer Serie von Austritten und Ausschlüssen bereits vor dieser Versammlung, sind auf ihr noch einmal drei Mitgleider des bisherigen KB in den Kandidatenstand rückversetzt worden, einer ist kurz vor dem Ausschluß ausgetreten. Die neue Organisation hat 15 Mitglieder und 6 Kandidaten und hat sich eine dreiköpfige Leitung gewählt (Hepu, K.W., G.M.). Die Resolution zum Linienkampf im alten KB Graz (1975) werden wir auch in unserer Organisation verbreiten. Damit ist der Auftrag der nationalen Konferenzen an die Grazer Genossen, den Zusammenschluß aller wirklichen ML auf klarer Grundlage bei gleichzeitiger organisatorischer Trennung vom Opportunismus zu verwirklichen, realisiert.

9. Die nächste nationale Konferenz ist am Wochenende nach Pfingsten. Dort soll der Gründungstermin festgelegt werden. Wir denken uns die Urlaubsregelung nun so, daß nach Möglichkeit die Zellen und die ganze Organisation geschlossen auf Urlaub geht. Es ist unmittelbar nach der Gründung viel besser, wir sperren die Organisation drei Wochen zu, als der Aufbau der Organisation - der Zentrale ebenso wie der Wiener Ortsgruppe - kann wochenlang nicht ordentlich in Angriff genommen werden, wweil immer nur die Hälfte der Genossen da ist. In der ersten Woche nach der Gründung soll noch die Zeitung - die erste Nummer der nationalen Zeitung wird am Montag nach der Gründung erscheinen - verkauft werden. Nach Möglichkeit sollten sich alle Genossen ihren Urlaub so einteilen, daß dieser eine Woche nach der Gründung beginnt. Wahrscheinlich wird die Gründung am 6.-8.August erfolgen.

10. Der bereits seit längerem angekündigten Bericht zum 1.Mai kann man immer noch nicht machen, weil zwar die statistsicehn Erhebungsbögen ausgefüllt worden sind, aber die meisten Zellen noch immer keine Berichte abgeliefert haben.

11. Beiliegend eine Stellungnahme unserer Zelle in der VUV zu den dort stattfindenden Auseinandersetzungen über die Aufgaben der VUV.

W.L.

ZWEI LINIEN IN DER INTELLEKTUELLENFRAGE, BEI DER EINRICHTUNG UND ZU DEN AUFGABEN DER VUV

Seit der Veröffentlichung des Vorschlags der VUV-Leitung im VUV RS 12 zur Auflösung der S.SVW trat der Meinungskampf um die Einrichtung und die Aufgaben der VUV deutlicher denn je hervor. Einige Genossen in der VUV haben sich hingesetzt und Stellungnahmen geschrieben und es gab einen Mehrheitsbeschluß der S.SVW der den Auflösungsvorschlag entschieden zurückwies.

Alle diese Vorgänge entspringen aber nicht irgendwelchen nur momentan auftretenden Unklarheiten über die Einrichtung und die Aufgaben der VUV, sondern ziehen sich seit der Gründung der VUV durch die Organisation. Es handelt sich aber bei diesen Auseinandersetzungen nicht um interne Probleme einer kommunistischen Massenorganisation, sondern in 1.Linie um Differenzen die sich auf die Politik des KB gegenüber der werktätigen Intelligenz beziehen.

Die VUV ist bekanntlich als INstrument des KB eingerichtet worden, um es dem KB zu erleichtern, als Hilfsmittel für den KB, um die werktätige Intelligenz an der Seite der Arbeiterklasse in die allgemeinen Volkskämpfe einzubeziehen. Diesen Schritt unternahm der KB deshalb, weil er sich schon auf der 1.o.DK auf den Standpunkt stellte: Je größer der Teil der werktätigen Intellektuellen ist, "den die Arbeiterklasse für das Lager der Revolution gewinnt, desto breiter schreitet die Zersetzung der bürgerlichen Gesellschaft voran, desto leichter.. wird die Verbreitung revolutionärer Gedanken in der ganzen Gesellschaft, desto geringer der Widerstand, den die Bourgeoisie der Arbeiterklasse entgegensetzen kann und desto besser werden die Bedingungen des sozialistischen Aufbaus durch die Verwertung der Kenntnisse der alten Gesellschaft." (RB a.d.1.o.DK) S.105)

Die Genossen des KB, allen voran die Leitung, werden aktiv in den Meinungskampf eingreifen müssen, um die richtige Linie, die in dem Beschluß des KB zur Einrichtung der Zelle in der VUV (KB RS 18) festgelegt wurde, zu erweitern und zu vertiefen und schließlich die falsche Linie umfassend zurückzuweisen.

I.

Das erste umfassende Eingreifen des KB in die Entwicklung in der VUV fand vor ungefähr einem Jahr statt, als auf der Grundlage eines Berichts des Verantwortlichen des KB für die Massenorganisationen an die KB-Leitung (KB RS 19) sowohl der sogenannte politische Bericht der VUV-Leitung an die VUV von ihr selbst zurückgezogen wurde, als auch die Einrichtung der KB-Zelle in der VUV vom KB beschlossen wurde.

In ihrer Begründung für die Rücknahme des Politischen Berichts (VUV RS 4) stellte die VUV-Leitung selbstkritisch jenen grundlegenden Fehler im Herangehen an die Überprüfung der Erfüllung der Aufgaben der VUV klar, der den Politischen Bericht prägte: "Weil der Pol.Bericht der VUV-Leitung nicht von den umfassenden Aufgaben der Kommunisten ausgeht, weil diese Aufgabenbestimmung nicht der leitende Gesichtspunkt der Untersuchung ist,

fehlt ihm der Maßstab für die Analyse jener Probleme, Schwierigkeiten und Fortschritte, die die Entwicklung der VUV seit ihrer Gründung bestimmt haben und kann er daher auch nicht festlegen, welche Aufgaben heute im Vordergrund stehen. Der Pol.bericht untersucht einzig und allein, was die VUV gemacht hat, welche Schwierigkeiten aufgetreten sind - es fehlt die politische Linie, die erst den inneren Zusammenhang zwischen den einzelnen Problemen herstellt und Antwort geben könnte auf brennende Fragen der Organisation: z.B. die Bedeutung der Organisierung nach Sachbereichen und nicht nach gesellschaftlicher Institutionen, die Durchsetzung von demokratisch-zentralistischen Strukturen u.v.a.m..." (S.3/4)

In denselben Fehler verfallen heute - ein Jahr nach dieser Selbstkritik der VUV-Leitung - wiederum eine Reihe von Genossen in der VUV, wenn sie die Arbeit der Sektionen bzw. der ganzen Organisation einer Überprüfung unterziehen. Diese Genossen gehen zwar von der Existenz der VUV aus, nicht aber von der politischen Linie und den Aufgaben des KB in der Intellektuellenfrage, , von denen ein heute zweckmäßiger Ausdruck die Einrichtung der VUV ist. Und weil sie nicht sehen wollen, daß die Einrichtung der VUV eine Seite der Politik des KB gegenüber der Intelligenz ist, geraten sie auf gefährliches Gebiet, wollen die politische Organisation der Intelligenz zum Selbstzweck der VUV erheben oder gar die ganze Organisation auflösen bzw. stillegen.

II.
Bisher am umfassendsten begründet und am ausgeprägtesten dargestellt sind die falschen Vorstellungen über die Einrichtung und die Aufgaben der VUV im Papier des Gen.St.G. (VUV R 14)

Ausgehend von der bekannten Festlegung des KB, daß die VUV ein Instrument des KB zur Eingliederung der werktätigen Intelligenz in die allgemeinen Volkskämpfe ist, erklärt uns Gen.St.G., was das heißen soll: "Damit soll aber natürlich nicht gemeint sein, daß die VUV ein Instrument wäre, um die 50 oder 80 Intellektuellen, die schon Kommunisten sind, oder starke Sympathien m für den Kommunismus haben, in die Arbeit des KB einzugliedern." (s.7)
Er sehe die Sache vielmehr so, daß der Unterschied von Mitgliedschaft im KB bzw. den Massenorganisationen RSB, MLS, VUV bezüglich der VUV darin bestehe, daß sie ein anderes Tätigkeitsfeld habe - die Intelligenz. "Das organisierte Hineinarbeiten in die Schicht der werktätigen Intelligenz ist dagegen die spezielle Aufgabe, deretwegen ein Genosse in der VUV und nicht etwa im KB oder der MLS organisiert ist." (s.8)

Dementsprechend meint Gen.St.G., "muß man auch bei der Bestimmung der Organisationsform, der Sektionen, von dieser nach außen gerichteten Arbeit, der Massenarbeit, ausgehen". (s.10)

Nur so könne man z.B. den Lehrern gegenüber eine richtige Politik machen, der dergestalt sein soll, daß sie bei ihrem Widerspruch, in dem sie zur Bourgeoisie stehen, gepackt werden sollen und für den Kommunismus gewonnen werden.

"Nämlich dadurch, daß man ihnen zeigt, daß der Widerspruch, in den sie zum bürgerlichen Staat geraten sind, nur ein Widerspruch ist, ihnen zeigt, wodurch er entsteht, ihn ihnen als Teil der gesamten Widersprüche der ganzen Gesellschaft vor Augen hält und zu Bewußtsein bringt und ihnen klar macht, daß es die Kämpfe der Arbeiterklasse sind, die einen Ausweg zeigen." (s.11)
Gen.St.G. hatmit diesen wenigen Worten eine ganze Fülle von Problemen, vor denen die VUV steht, aufgegriffen und - falsch beantwortet.

III.
Wenn man sich die Festlegung des KB zur VUV (siehe Beschluß zur Einrichtung der Zelle in der VUV, KB R 18) ansieht, dann fällt auf, daß für den KB die Klassenverhältnisse und der Klassenkampf die Ausgangspunkte seiner Überlegungen bilden. Ein derartiges Herangehen kennzeichnet also die Methode, die man ergreifen muß, um eine Antwort auf die genannten Fragen zu finden.
Also, der Klassenkampf, den das österr.Proletariat gegen seine imperialistische Bourgeoisie führt und die Tatsache der Existenz von Mittelklassen, die in Widerspruch zur Bourgeoisie stehen, veranlaßt den KB festzustellen: "Im Kampf gegen den bürgerlichen Staat und um die Errichtung der proletarischen Diktatur kann das Proletariat auch große Teile der anderen Klassen und Schichten, die zum Volk gehören, gewinnen." (s.2)

Für die Arbeiterklasse, die die Führung der proletarischen Volksrevolution innehaben muß, stellt sich daher die Frage, die Mittelklassen und-schichten für die Volkseinheit zu gewinnen. Für die Mittelklassen und -schichten gibt es keine andere historische Perspektive, als sich auf den Klassenstandpunkt des Proletariats zu stellen. "Es ist die Aufgabe der Kommunisten diese dirketen Reserven der Revolution zu mobilisieren und ihnen klar zu machen, daß sie keine selbständige Perspektive offen haben, sondern sich entscheiden müssen zwisch. Proletariat und Bourgeoisie. Nur insofern fallen auch die Interessen der Arbeiterklasse zusammen mit den Interessen des Volkes, als das ganze Volk eine fortschrittliche Perspektive überhaupt nur hat, wenn es sich gegen die Ausplünderung und Unterdrückung durch die Kapitalisten und den bürgerlichen Staat wendet, sich auf die Seite des Proletariats schlägt und sich der proletarischen Führung unterordnet."

Die proletarische Vorhutorganisation hat daher die Aufgabe, die Reserven zu mobilisieren und an der Seite derArbeiterklasse, zu organisieren. Unter den gegenwärtigen Bedingungen des Parteiaufbaus nimmt der KB diese Aufgabe wahr: "Der KB Wien trägt seiner Aufgabe, die Reserven der Arbeiterklasse zu mobilisieren, auch dadurch Rechnung, daß er Zellen aufbaut, die den Einfluß der Kommunisten auf diese Schichten herstellen, erweitern und vertiefen."; "Auch" bedeutet offensichtlich, daß es sich bei der Gewinnung der Reserven nicht nur um die Aufgabe der genannten Zellen handelt, sondern um eine Aufgabe aller Kommunisten, die sie auch in dem Maße erfüllen, als der demokratische Kampf der Volksmassen (einschließlich der werktätigen Intelligenz) voll entfaltet wird.

IV.
"Die werktätigen Intellektuellen sind ein Teil des Volkes", stellt der KB fest. Und wir haben oben erörtert, daß es bei den Angehörigen der Volksmassen darauf ankommt, daß sie sich unter die Führung des Proletariats stellen und so den Klassenkampf führen - kurz, daß sie Kommunisten werden müssen.

Genausos wie die Existenz der neuen Mittelklassen an die Existenz von Bour-geoisie und Proletariat in der kapitalistischen Klassengesellschaft gebunden ist, genauso ist die Existenz der Trennung von Hand- und Kopfarbeit an die kapitalistische Produktionsweise und die Herrschaft der Bourgeoisie gebunden.

Das kann man sehr deutlich sehen, richtet doch die Bourgeoisie für die Intelligenz besondere Anstalten ein, um sie auszubilden; gibt die Bourgeoisie der Intelligenz innerhalb der Gesellschaft eine bestimmte Stellung, die die isolierte Lebensweise der Intelligenz ausmacht; benutzt die Bourgeoisie die Intelligenz als bürgerliche Ideologen im Klassenkampf.

Nicht dadurch, daß die Intelligenz als Mittelschicht zwischen Bourgeoisie und Proletariat besteht, sondern durch die Abgehobenheit der Intelligenz gegenüber dem Volk hat sie besondere Hindernisse auf dem Weg zum Kommunismus zu überwinden.
Ersteres unterscheidet die Intelligenz nicht von den Volksmassen, letzteres bringt dieKommunisten darauf, gegenüber der Intelligenz besondere Anstrengungen und Mühe walten zu lassen.

DER KB-Wien hat dies auch in seinem Beschluß erkannt:
"Da+die +aber+ werktätigen Intellektuellen auf Grund ihrer tausendfältigen Beziehungen zur Bourgeoisie und ihrer vom übrigen Volk abgesonderten Lebenslage einen besonderen Wet zum Kommunismus durchmachen müssen, - einen Weg, der sie aus ihrer Isoliertheit herauslöst und ihnen auch praktisch die Möglichkeit gibt, sich mit dem Volk zu verbinden, seine Lebensweise kennenzulernen und sich eine proletarische Anschauungsweise anzueignen,
- einen Weg, der es ihnen ermöglicht ihre eigene soziale Stellung tatsächlich vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus zu betrachten...." (s.3)

V.
Nun erst sind die Bedingungen klargestellt, unter denen die Intellektuellen an den Kommunismus aufgrund des Klassenkampfes und der Klassenverhätlnisse herangeführt werden müssen.
Die Aufgabe des KB war es nun, den besonderen Weg der Intellektuellen auch zu organisieren. Der KB hatte vor über einem Jahr daher beschlossen: ES "ist über die Zellen hinaus die Einrichtung einer kommunistischen Massenorganisation (VUV) als Ein Schule für den Kommunismus, als Vorbereitung auf ihre (der werkt.Intel.) Mitgliedschaft in einer Kommunistischen Partei, z w e c k m ä ß i g , einer Organisation, die selbständig auf der Linie des KB arbeitet."

VI.
Bisher ist deutlich geworden, daß die proletarische Vorhutorganisation, nicht weil sie so wild aufs Organisieren ist, son-

dern weil es das objektive Interesse derArbeiterklasse an der Führung des Klassenkampfes erfordert, die werktätige Intelligenz an den Kommunismus heranzuführen. Die Intellektuellen können aber diesen Weg nicht gemächlich beschreiten, ebensowenig, wie die Revolution ein Deckchensticken ist. Sie haben sich zuallererst den Anforderungen der Arbeiterklasse zu beugen, weil dies für sie der einzige Weg ist, ihrem Dienst an der Bourgeoisie zu entkommen, die Entwürdigung der Büttelexistenz im Dienste der Bourgeoisie hinwegzufegen. Welche Anforderungen stellt nun die Arbeiterklasse an die Intelligenz?

Diese Anforderungen bestimmen sich aus den Erfordernissen des Klassenkampfs, den das Proletariat führt, und sie werden auf dem Hintergrund gestellt, daß die Intelligenz in der bürgerlichen Klassengeselschaft (bedingt durch ihre tausendfältigen Verbindungen zur Bourgeoisie und durch die ihr von jener anerzogenen Fähigkeiten und Kenntnisse) der Träger des gesellschaftlichen Wissens ist.

Dieser Intelligenz tritt die Arbeiterklase als einzig revolutionäre Klasse gegenüber und sagt:
"wir wollen all das wissen, was auch die anderen wissen, wir wollen alle Seiten des politischen Lebens gründlich kennenlernen und aktiv an jedem politischen Geschehnis teilnehmen. Dazu ist es notwendig, daß die Intellektuellen uns weniger das wiederholen, was wir schon selbst wissen, dafür uns aber mehr davon vermitteln, was wir noch nicht wissen, was wir aus unserer Fabrikerfahrung und 'ökonomischen' Erfahrung nie lernen können, nämlich : politisches Wissen (Wissen über die "Beziehungen aller Klassen untereinander und zum Staat"). Dieses Wissen könnt ihr, Intellektuelle, erwerben und ihr seid verpflichtet, es uns in hundert- und tausendfach größerem Ausmaß zu übermitteln, als ihr es bis jetzt getan habt, und zwar nicht nur in der Form von Abhandlungen, Broschüren und Artikeln (die oft - entschuldigt unsere Offenheit! - etwas langweilig sind), sondern unbedingt in der Form von lebendigen Enthüllungen dessen, was gerade jetzt unsere Regierung und unsere herrschenden Klassen auf allen Lebensgebieten tun." (W.I.Lenin, Was tun? LW Bd.5, S.430)
Diese Anforderungen stellt die Arbeiterklasse an jeden Intellektuellen, es liegt aber an ihm , dieser Forderung nachzukommen. Die kommunistische Intelligenz, wo immer sie auch organisatorisch ihren Platz gefunden hat, ob im KB oder in den kommunistischen Massenorganisationen wird sich bemühen, s diese Anforderungen vom Standpunkt des Kommunismus aus, zu erfüllen.
Daneben gibt es heute in Österreich schon einige hundert Intellektuelle, die in den verschiedensten Bereichen, vom Kampf gegen die KKWe bis zum Kampf umdas Gesundheitswesen, die Türe zur Arbeiterklasse aufgestoßen haben und die Zustände in der verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen zu enthüllen bemüht sind. Sicherlich sitzen viele von ihnen reformistischen und bürgerlichen Illusionen noch auf. An den Kommunisten und besonders den kommunistischen Intellektuellen wird es liegen, daß die diese Illusionen als solche erkennen und den Weg zum Kommunismus beschreiten.
Damit die Intellektuellen in konzentrierter, planmäßiger und organisierter Form ihren Weg zum Kommunismus hinter sich bringen

können, hat der KB unter den aktuellen Bedingungen des Parteiaufbaues und aus Gründen der Zweckmäßigkeit die VUV als Schule des Kommunismus eingerichtet.

Weil in dieser Schule die Intellektuellen in ebenso konzentrierter, planmäßiger und organisierter Form im Rahmen ihrer Umerziehung den Anforderungen der Arbeiterklasse an die Intellektuellen nachkommen sollen, wurde vom KB die Organisationsstruktur der VUV folgendermaßen festgelegt: "Aus den Anforderungen der Arbeiterklasse an die Intellektuellen und aus der Notwendigkeit für die werktätigen Intellektuellen, einen besonderen Weg zum Kommunismus einzuschlagen, ergibt sich, daß die VUV nicht in Anlehnung an diejenigen Strukturen organisiert ist, in denen die Intellektuellen beruflich zusammengefaßt sind, sondern nach Sachbereichen, die für die Arbeiterklasse von Bedeutung und zu deren Bearbeitung die Intellektuellen aufgrund ihrer Ausbildung oder beruflichen Tätigkeit besonders geeignet sind." (KB RS 18, S.3)

Abgesehen davon, daß die Zusammenfassung nach beruflichen Strukturen aufgrund der vielfältigen beruflichen Stellungen, die die Intellektuellen im Kapitalismus einnehmen können, dieplanmäßige, konzentrierte und organisierte Form des Heranführens an den Kommunismus äßerst erschweren würde, drücken die Berufe der Intellektuellen - dementsprechend auch die ganze Berufsstruktur der Intelligenz - die Anforderungen der Bourgeoisie an die Intellektuellen aus. Sich dieser Struktur bei der Organisation der werktätigen Intelligenz zu bedienen, würde heißen, schom beim Organisationsprinzip entscheidende Abstriche zu machen: nicht klarzustellen, daß der Dienst an der Arbeiterklasse grundsätzlich verschieden ist vom Dienst an der Bourgeoisie und in der Tat den besonderen Weg, den die Intelligenz zum Kommunismus zu gehen hat, tausendfach erschweren und mit dem Ballast der von der Bourgeoisie bestimmten Berufsstruktur der Intelligenz zu überfrachten. - Dies ist weder im Interesse der Arbeiterklasse, noch im Interesse fortschrittlicher werktätiger Intellektueller, die doch selbst von ihrer Büttelexistenz im Dienste der Bourgeoisie loskommen wollen.

Aber natürlich ist es zweckmäßit, jeweils bei der Einrichtung von Grundeinheiten darauf zu achten, daß die Intellektuellen die dort zusammengeschlossen werden, auch etwas von dem, was sie enthüllen sollen, verstehen, zumindest, daß sie über die Fähigkeit verfügen, sich das Wissen anzueignen, daß die Enthüllung erfordert. Doch handelt es sich bei dieser Überlegung nicht um ein Organisationsprinzip der VUV, sondern lediglich um einen praktischen Gesichtspunkt, der unter Berücksichtigung dessen, was primär für die Arbeiterklasse bei d ihrer Führung des Klassenkampfes notwendig ist, bedacht sein will.

VII.

Kehren wir noch einmal zurück zu den falschen Vorstellungen des Gen.St.G. über die Einrichtung und die Aufgaben der VUV. Widerlegen wir im einzelnen:

Gen.St.G. ist der Meinung: "Damit soll aber natürlich nicht gemeint sein, daß die VUV ein Instrument wäre, um die 50 oder 80 werktätigen Intellektueller, die schon Kommunisten sind, oder starke Sympathien für den Kommunismus haben, in die Ar-

beit des KB einzugliedern." (VUV RS 14, S.7)

Abgesehen davon, daß Gen.St.G. darüber hinweggeht, daß das Statut der VUV festlegt, daß nicht die Sympathien für den Kommunismus für die Mitgliedschaft in der VUV entscheidend sind, sondern der aktive Beitrag deines Genossen im Kampf um die soziale Revolution und dadurch auch eine Grenze zwischen Leuten, die irgendwie mit dem Kommunismus sympathisieren und denen, die aktiv für den Kommunismsus eintreten, gezogen wird; abgesehen davon alse - ist es genau umgekehrt zu dem, was der Gen.St.G. meint: Der KB möchte, daß jeder Genosse, der in der VUV arbeitet, auch in den KB kommt. Gerade weil es darum geht, daß die proletarische Kaderorganisation die Organisation aller Kommunisten ist, führt auch der besondere Weg, den die Intellektuellen zum Kommunismus zurückzulegen haben, in sie hinein. Die Arbeiterklasse hat alles Interesse daran, daß möglichst viele Intellektuelle zu kommunistischen Kadern werden, sich aktiv am Klassenkampf als Kommunisten beteiligen.

Es ist daher auch das organisierte Hineinarbeiten in die Schicht der werktätigen Intelligenz nicht die "spekzielle Aufgabe, deretwegen ein Genosse in der VUV und nicht etwa im KB oder der MLS organisiert ist "(S.8) - In die Schicht der werktätigen Intelligenz arbeiten alle Kommunisten hinein, egal wo sie organisiert sind. Sie tun dies, indem sie ihre Aufgaben als Kommunisten wahrnehmen und nicht, weil sie bezüglich der Intellektuellen irgendwelche "Spezialaufträge" haben. Praktischerweise und nicht aus prinzipiellen Gründen, werden die komm.werktätigen Intellektuellen, die in der VUV ihren besonderen Weg zum Kommunismus gehen, verstärkt unter der Intelligenz arbeiten und v.a. arbeiten können! Dies ist derGrund, warum im "Bericht über die Lage der VUV" (KB RS 19) es heißt, daß die Arbeit unter der Intelligenz die Nebenseite der VUV darstellt. Daß auch die Intellektuellen, die durch die VUV-Genossen gewonnen werden können, sich ebenfalls anschicken müssen, ihren besonderen Weg zum Kommunismus zu gehen, daß sie also in die VUV aufgenommen werden sich dort bewähren müssen usw. , versteht sich.

Und aus den schon mehrfach erwähnten Gründen ist es nicht so, daß die Massenarbeit der VUV aus den "Spezialauftrag" unter der Intelligenz zu arbeiten besteht; die Organisationsstruktur sich aus den Anforderungen der Arbeiterklasse und den Fähigkeiten der Intellektuellen bestimmt und nicht, wie Gen.St.G. meint, aus dieser falsch verstandenen Massenarbeit. - Massenarbeit von Kommunisten bedeutet naturgemäß, daß unter den Volks- und Arbeitermassen die kommunistische Agit.,Prop. und Organisation verbreitet wird. Massenarbeit, wie sie Gen.St.G. versteht, bedeutet eine wesentliche Einschränkung: Er geht eben von dem einen Widerspruch aus, din den irgendwelche Leute, in seinem Fall Intellektuelle, zum Staat und zur Bourgeoisie stehen. Abgesehen davon, daß es nicht darum geht, den Massen oder Teilmassen die Vielzahl der Widersprüche im Kapitalismus vor Augen zu halten, sondern darum, den Kampf der Volksmassen gegen den Staat zu führen, kommen die Volksmassen spontan auch nicht in Bewegung entlang ihrer jeweiligen Wider-Spezialwiedersprüche zum Staat. Ohne weiteres können sich Lehrer in den Kampf gegen die MHF einreichen, ohne zuvor ge-

gerauerstens über die Vehhältnisse im Volksbildungswesen, oder gar ihre Stellung als Leherer anagitiert zu werden. Selbst der GEn. St.G., ist nicht über die Widersprüche der bürgerlichen Physik und sicherlich nur z.T. über die Widersprüche der bürgerlichen Universitätsstudien gewonnen werden .

Allerdings haddelt es sich bei dem Prozeß, dem sich die werktätigen Intellektuellen in der VUV unterwerfen, auch darum, die eigene soziale Stellung zu druchschauen. Sie gehen mit der EUV eben einen Weg, "der es ihnen ermöglicht ihre eigene soziale Stellung tatsächlich vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus zu betrachten." (KB RS 18,S.3)

Gen.St.G. liegt also mit seiner Anschauungüber Zweck und Aufgaben der VUV nicht richtig. Seine Fehler erklären sich daher, daß er sich nicht bewußt auf den Standpunkt der Arbeiterklasse gegenüber der Intelligenz stellt, sondern die Intellektuellen auf ihre "Besonderung" zurückwerfend, unabhängig von der Arbeiterklasse und dem von ihre geführten Kampf,<u>als Intelektuelle</u> für irgendwelche eigenen Fragen mobilisieren will. Sowas ergibt ein haltloses Gemisch aus Intellektuellenborniertheit, falscher Stellung der Aufgaben der Kommunisten usw. und endet bei der mehr oder weniger offenen Liquidation der Politik Der Gen.G.St. sollte seine Positionen schleunigst überprüfen zbd zbd und korrigieren!

VIII.

Die Anschauungen des Gen.St.G. sind aber in der ganzen VUV verbreitet. Immer wieder kommt es vor, daß einzelne Genossen oder ganze Gruppen Unklarheiten über die Aufgaben der VUV haben. Die bisherige Art und Weise, wie in der VUV die Auseinandernsetzungen über diese wichtige Fragen geführt worden sind, haben sehr stark zu Unsicherheiten, Verwirrung und Unklarheit beigetragen. Auch scheinen uns die Stellungnahmen der VUV-Leitung in dieser Frage nicht tauglich, konkrete Antworten auf konkrete Fragen zu geben.

So.z.B. haben viele Genossen Schwierigkeiten damit, zu ver--stehen, was unter der "Massenarbeit der VUV" gemeint ist. Im VUV RS 12 hat die Leitung dazu eine Ausrichtung gegeben: "Wir stehen heute vor der Aufgabe, in der ganzen VUV eine planmässige Untersuchungstätigkeit aufzubauen und die Ausrichtung der gesamten Organisatione auf die Massenarbeit in Angriff zu nehmen, d.h. auf das systematische und organisierte Hineintragen der Politik der Kommunisten in die werktätige Intelligenz, in jene Zusammenschlüsse, in denen Intellektuelle zusammengefaßt sind, in Arbeitskreise, Interessensverbände, in der Gewerkschaft etc.; die systematische Arbeit aller Genossen am Arbeitsplatz."

Entsprechend dieser Stellungnahme scheint die Leitung auch ihre Aufgaben wahrnehmen zu wollen. Nur - wird hier ein wichtiges Problem, nämlich die Arbeiter unter der Intelligenz, unter <u>falschen Gesichtspunkten</u> gelöst.

Die Massenarbeit der VUV kann sich von der Massenarbeit des KB <u>nicht</u> unterscheiden. Die VUV ordnet sich dem KB politisch unter und führt die Politik des KB durch. Der KB macht, und das

ist bekannt, nicht nur Politik unter einem besonderen TEil des Volkes, der Intelligenz, sondern unter der Arbeiterklasse und dem Volk. Dieselbe Aufgabe hat auch die VUV .. - Die Massenarbeit der VUV besteht also darin, die Politik des KB ebenfals unter den Massen zu vertreten. Dieeinzelnen VUV-Sektionen arbeiten z.B. unter der Anleitung der KB-Kollektive in der Stadt, verkaufen dort den Klassenkampf , betreiben Stadtagitation. Darüber hinaus, ist, was in der bisherigen Massenarbeit vergessen wurde, bei einer Reihe von brenndenden Fragen der Volksmassen z.B. dem Gesundheitswesen usw. durchaus ein öffentliches Auftreten der VUV (sei es in Form von Ständen oder eigenen Veranstaltungen) außerhalb der Intellektuellenbereiche ins Auge zu fassen. Gerade um das "in den Dienst stellen der Fähigkeiten und Kenntnisse" in unmittelbarer Weise zu fördern. Ebenso sind die VUV-Genossen an ihrem Arbeitsplatz mit den Kollegen verbunden, Kollegen, die sich nicht nur aus der Intellektuellenschicht rekrutieren, sondern zu allen Teilen des Volks gehören oder gar - je nach Betrieb - Angehörige der Arbeiterklasse sind. Diesbezüglich stellt sich den VUV-Genossen kein anderes Problem, als aes sich auch KB-Genossen stellt: wie vertrete ich unter meinen Kollegen die Politik der Kommunisten?
Darüber hinaus sind einige VUV-Genossen in Berufsvereinigungen mit anderen Intellektuellen zusammengeschlossen. Darüberhinaus können wir heute eine beträchtliche Unruhe unter der Intelligenz in vielen Bereichen feststellen. Im vielzitierten "Krank"-Arbeitskreis haben sichfortschrittliche Intellektuelle zusammengefunden, ebenso wie es einen Zusammenschluß von fortschrittlichen Joumnalisten gibt. Für einige VUV-Genossen, die dauch dort die Politik des KB vertreten, ergeben sich <u>praktische Schwierigkeiten</u> aud dieser Lage. - Diese Schwierigkeiten müssen auch wieder <u>praktisch</u> und nicht prinzipiell, wie es die VUV-Leitung vielleicht anstrebt, gelöst werden. Es wird sinnvoll sein, z.B. Genossen aus der S.GEWE mitder ständigen Arbeit der Kommunisten im "Krank"-Arbeitskreis zu beauftragen, aber das werden nicht alle Genossen dieser Sektion sein müssen. Das wäre auch nicht sinnvoll, weil die VU-Genossen über die Arbeit im "Krank"Arb.kreis hinausgehende Aufgaben wahrzunehmen haben. Es wird also praktisch sein, ein paar genossen mit der Arbeit bei den "Krank"-Leuten zu <u>beauftragen</u>!
Es wird ein Berichtswesen aufzubauen sein, damit ihre Arbeit von den leitenden Organen der VUV und auch des KB überprüft und angeleitet werden kann. Aber zweifellos wird diese Aufgabe im <u>"Krank"-Arbeitskreis nicht die ganze Massenarbeit</u> der S.GEWE darstellen. Genauso wie der KB für bestimmte Aufgaben unter bestimmten Leuten bestimmte Genossen beauftragt, so werden einige Genossen der VUV in derartigen Zusammeschlüssen, wie dem "Krank"-Arbeitskreis tätig sein.

Und aus praktischen Gründen wird es auch so sein, daß bestimmte Fragen, die in diesem Arbeitskreis behandelt werden, von starkem Interesse für die theoretische und auch praktische Arbeit der Gen. der S.GEWE sein werden. Da werden sich praktische Lösungen für derartige Probleme finden lassen. - Und weil es darum geht, möglichst wenig Reibungsfläche und FDoppelgeleisigkeiten in der Arbeit der Kommunisten zu haben , wird es bei

solchen Aufgaben besonders notwendig sein, daß die leitenden Organe aufmerksam die Arbeit der GEnossen anleiten und koordinieren!

Es ist also nicht richtig, die Massenarbeit der VUV dort zu suchen, wo es nur um einen kleinen Ausschnitt im Rahmen der Massenarbeit der Kommunisten insgesamt geht!
Die Massenarbeit der VUV nur dort zu sehen, wo es um Intellektuelle geht, erfüllt genau nicht die Aufgabe der VUV, die vom KB mit der Einrichtung einer "Schule des Kommunismus" gestellt wurde. Die Massenarbeit der Kommunisten, die sich, wie gesagt, nicht nur auf die werktätigen Intelligenz bezieht, ist ein wesentliches Mittel und Ergebnis des Umschulungsprozesses, dem die Intellektuellen in der VUV unterworfen werden. -
Wenn man aber Massenarbeit nur unter dem Gesichtspunkt der "Arbeit unter der werktätigen Intelligenz" sieht, dann verfällt man sehr leicht in dieselben Fehler, wie sie Gen.St.G. vertritt, und bietet derartigen Fehlern einen Nährboden.

Viele Genossen in der VUV haben gerätselt, was der folgende Satz der VUV-Leitung aus dem R 14 bedeuten soll: "Die Gruppierung dieser Reserven für die Kämpfe derArbeiterklasse, der besondere Weg, den sie zu gehen haben, um dem Volk zu dienen, bestimmt die Ausrichtung dieser Organisation und die gesamte Organisationsstruktur.2" (S.3a)
Damit (mit den "Gruppierungen und Reserven") ist, wie aus mündlichen Äußerungen der GEnossen der VUV-Leitung zu entnehmen war, nun nicht vielleicht im Anschluß an StalinsAusführungen zu den Fragen der Strategie, das Aufstellen der Haupt - und Nebenerserven im Kampf gegen den Klassenfeind gemeint, sondern die objektive Gliederung der INtellektuellen innerhalb von Staat und Gesellschaft, die es ihnen in besonderer Weise ermöglichen würde, von innen her die Institutionen der Bourgeoisie &(z.B. die Schulen usw.) zu zersetzen und damit einen Beitrag für den Kampf des Proletariats zu leisten. Unter dem Gesichtspunkt der Massenarbeit, wie sie von der VUV-Leitung vertreten wird, gesehen, ergibt sd dies ein falsches Bild der Aufgaben der VUV und der ihnen folgenden Organisationsstruktur.
In erster Linie - und das hat der KB klar und eindeutig festgehalten - wird die Org.struktur von den Anforderungen der Arbeiterklasse an die Intelligenz und deren Fähigkeiten bestimmt.
Während die Ausrichtung under Organisation die politische Linie des KB darstellt, wobei natürlich die Politik des KB gegenüber der Intelli genz sich in der Einrichtung der VUV niederschlägt.
Wie leicht kann es einer falschen Auffassung fallen, in den zitierten Satz der VUV-Leitung die fälsche Position des GEn. St.G. hineinzulesen! Die VUV-Leitung muß zur Frage des Zwecks der VUV und ihrer Aufgaben klare Positionen beziehn, sie darf auch mit ihrer eigenen Meinung dazu und mit einer möglichen Kritik von ihrer Seite am KB nicht sparen oder gar hinter dem Berg.halten!